



**Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Straßen, Wege, Kanalisation, Digitalisierung
am Montag, 28.04.2025 von 17:59 bis 22:01 Uhr
Ort: Kleiner Sitzungssaal, Rathaus am Stadtpark**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Heinrich Lücking	CDU/FDP-Fraktion	
-----------------------	------------------	--

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Heino de Buhr	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Renate Geuter	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	Vertreterin von Resmiye Agirman
Herr Jürgen Hesse	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Bernhard Kramer	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Hans Meyer	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Lukas Reinken	CDU/FDP-Fraktion	Vertreter von Johannes Flatken, ab 18:10 Uhr
Herr Martin Röter	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Jonas Schulte	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Andreas Tameling	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Andreas Tegeler	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Wilfried Thunert	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	

Beratende Mitglieder

Herr Thomas Schmidt	Beirat für Menschen mit Beeinträchtigungen	
Herr Wolfgang Wewer	Seniorenbeirat	

Verwaltung

Herr Sven Stratmann	Bürgermeister	
Frau Heidrun Hamjediers	Erste Stadträtin	
Herr Jonas Bley	Bereichsleiter	
Herr Matthias Neiteler	Fachbereichsleiter	
Friederike Kröger		Protokollführung

Gäste

Resa Shahidi		Ingenieurbüro IRS
Fabian Wolters		Ingenieurbüro IRS

Abwesend:

stellv. Vorsitzende/r

Herr Johannes Flatken	CDU/FDP-Fraktion	
-----------------------	------------------	--

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Resmiye Agirman	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
----------------------	---------------------------	--

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Heinrich Lücking begrüßt die zahlreichen Besucher, die anwesenden Ratsmitglieder, die Presse sowie die Vertreter der Verwaltung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Da es keine Einwände gibt, stellt Ausschussvorsitzender Heinrich Lücking die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Da es keine Einwände gegen die Tagesordnung gibt wird diese einstimmig festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die vorhergegangene Sitzung (öffentlicher Teil) vom 25.11.2024

Die Niederschrift wird bei 8 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

TOP 5 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters / der Verwaltung über wichtige Angelegenheiten der Stadt

Seitens des Bürgermeisters gibt es keine Mitteilungen.

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler teilt mit, dass Gespräche mit Herrn Zimmermann vom Sonderpostenmarkt Zimmermann stattgefunden haben, da dieses Areal nach dem Sturmschaden im August 2024 nicht ansehnlich sei. Dieser habe bestätigt, dass ein Bauantrag gestellt worden sei und sobald die Genehmigung vorliege mit dem Wiederaufbau gestartet werden könne. Die Stahlkonstruktion des vorherigen Marktes bleibe erhalten.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Mario Elsen, Antragsteller zu TOP 16 und Anlieger der Straße „Über dem Vehnteich“, bittet dringend um eine Straßenbeleuchtung am Radweg „Über dem Vehnteich“. Dies sei die einzige Verbindung in den Ort. Es sei dort ausreichend, wenn ca. fünf Laternen aufgestellt würden. Er fragt sich, warum die Kosten laut Beschlussvorlage so hoch seien. Die Anlieger seien, sofern möglich, bereit Eigenleistungen zu erbringen.

Bürgermeister Sven Stratmann teilt mit, dass auf diese Thematik in TOP 16 ausführlich eingegangen wird.

Peter Kreienborg begrüßt die Fahrradstraße aus TOP 14. Vorher war das Areal eine Rennstrecke, jetzt lässt sich die Straße als Fußgänger und Radfahrer sehr gut passieren.

Ebenso gibt er zu bedenken, dass im „Amselweg“ mit überhöhter Geschwindigkeit gefahren werde. Dort ist eine 30er Zone. Da diese nur in der „Meeschenstraße“ ausgewiesen ist, denken viele, selbst einige Anwohner, dass die Geschwindigkeitsbegrenzung nur für die „Meeschenstraße“ und nicht für den Amselweg gilt. Er bittet darum, dass auch im „Amselweg“ ein Hinweisschild aufgestellt wird, da dies, vor allem mit dem angrenzenden Kindergarten, ein hohes Gefahrenpotenzial berge. Er bittet um Geschwindigkeitskontrollen.

Ratsherr Andreas Tegeler ergänzt, dass dies ein Problem in der gesamten Meeschen sei.

Bürgermeister Sven Stratmann bedankt sich. Er werde diesen Hinweis an die Verkehrskommission weitergeben.

Wolfgang Wewer erkundigt sich bzgl. des Verkehrskonzepts beim Familia-Markt. Der neu angesiedelte Bäcker habe auf dem Bürgersteig Tische aufgestellt. Dort sei eine 50er Zone und die Radfahrer und Fußgänger müssten auf die Straße ausweichen.

Bürgermeister Stratmann nimmt den Hinweis auf. Er werde diesen weiter geben.

Konrad Thoben vom NABU erkundigt sich nach den Baumfällungen an der Mehrenkamper Straße, die aufgrund der Erschließung des Baugebiet „Plaggenmatt“ durchgeführt wurden. Ihm wurde zugezogen, dass dies aufgrund von Leitungen geschehen sei, welche für ihn aus den Planungen zu TOP 10 jedoch nicht ersichtlich würden.

Bürgermeister Sven Stratmann verweist hierzu auf die Ausführungen aus TOP 10.

TOP 7 Mitteilungen

TOP 7.1 Verpflichtung der nicht dem Rat angehörenden Mitglieder des Ausschusses für Straßen, Wege, Kanalisation, Digitalisierung
Vorlage: MV/041/2025

Die Verpflichtung von Wolfgang Wewer vom Seniorenbeirat erfolgt durch Bürgermeister Sven Stratmann unter Aushändigung der Unterlagen, mit der Bitte, dass Wolfgang Wewer diese unterschreibt.

TOP 7.2 Aufstellung von Solarleuchten an Haltestellen im Außenbereich
Vorlage: MV/063/2025

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler führt die Mitteilungsvorlage aus. Die Solarleuchten an den Haltestellen bieten vor allem einen Vorteil für Schulkinder. Die genauen Standorte werden dem Protokoll angefügt.

Anm.: Folgende Haltestellen wurden lt. Antrag für die Ausstattung mit einer Solarleuchte ausgewählt:

1. Haltestelle Augustendorf Schöning
2. Haltestelle Neumarkhausen Olden Streek, Dorfstraße
3. Haltestelle Markhausen, Vorderthüler Straße
4. Haltestelle Markhausen, Goldentangsweg
5. Haltestelle Heetberg, Birkhahnweg
6. Haltestelle Ellerbrock Barkentange
7. Haltestelle Ahrensdorf Siedlerstraße
8. Haltestelle Ahrensdorf Diers
9. Haltestelle E'damm Fuchs
10. Haltestelle Kampe Röbbkenberg Kreuzung
11. Haltestelle Altenoythe Kellerdamm
12. Haltestelle Kreuzung Pehmertanger Straße
13. Haltestelle Friesoythe Soestenheim
14. Haltestelle Thüle-Vorderthüle Nienhaus (beide Fahrtrichtungen)

TOP 8 Erhebung von Beiträgen für die Erschließung von Straßen
Vorlage: BV/089/2025

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers erläutert die Beschlussvorlage.

Ratsherr Lukas Reinken teilt mit, dass die Ausführungen bedauerlich seien und erkundigt sich, ob mit dem Beschluss auch Rückforderungen auf bereits abgerechneten Straßen gefordert werden können.

Ratsfrau Renate Geuter schließt sich ihrem Vorredner an. In Friesoythe gebe es die Situation, dass viele Straßen nicht endausgebaut seien und daher das die Erschließungsbeitragsrecht gelte. Dieses Problem bestehe bei anderen Kommunen nicht. Sie fragt sich ebenfalls, ob es jetzt Nachforderungen von bereits abgeschlossenen Erschließungsmaßnahmen geben wird. Sie halte das Ende der Vergünstigung auf schon vorhandene Fahrbahnen bei Erschließungsmaßnahmen für sehr abrupt. Es sollte ein Weg gefunden werden, dieses abzumildern.

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers ergreift das Wort und erläutert, dass die Altfälle fast ausschließlich über Ablöseverträgen abgerechnet wurden. Diese sehen keine Nachforderungen vor. Im Übrigen könnten sich die Beitragszahler i.E. auf einen Vertrauensschutz berufen. Richtig sei aber, dass durch die entgangenen Beiträge ein Schaden für die Stadt entstanden sei. Die Verantwortlichkeit liege bei der Stelle, die seinerzeit den Grundsatzbeschluss vorschlagen habe, also bei ihr.

Es wurde seitens der Verwaltung auch ausführlich geprüft, ob es eine andere Möglichkeit zur Erleichterung für die Anlieger gäbe, dies sei jedoch nicht der Fall. Da jetzt die rechtswidrige Anwendung der Regelung bekannt sei, müsse die Verwaltung auch ab sofort rechtskonform handeln.

Ratsherr Lukas Reinken bittet die Verwaltung noch einmal genau zu überprüfen, ob es eine Möglichkeit gebe, um die betreffenden Anlieger zu entlasten. Außerdem fragt er, ob es in anderen Kommunen derartige Vergünstigungen gibt.

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers teilt mit, dass es keine Vergünstigungen anderer Kommunen in Hinblick auf die Erschließungsbeiträge gebe. Die Problematik sei durch die Gebietsreform aufgetreten, da viele Straßen der „neuen“ Stadt Friesoythe nicht im endausgebauten Zustand übertragen worden seien.

Bei dem Grundsatzbeschluss aus dem Jahr 2019 habe sie umfangreich recherchiert und sei auf ein Urteil aus Bayern gestoßen, das eine Anregung vormaliger Aufwendungen bei der Bemessung von Erschließungsbeiträgen beinhalte. Diese Einschätzung müsse sie nunmehr revidieren.

Ratsherr Lukas Reinken fragt in dem Zuge, ob es eine Auflistung der nicht endausgebauten Straßen gebe. Die Liste sei bereits Thema bei der Diskussion um die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gewesen.

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler erklärt, dass es keine Liste gebe. Ein sogenanntes Straßenkataster war seinerzeit Thema gewesen. Jedoch binde eine Erstellung einer solchen Liste viel Personal, sodass es sinnvoller sei, bei einem geplanten Ausbau im Einzelfall durch Streckenkontrollen und Altakten zu überprüfen, ob die Straße bereits endausgebaut sei.

Wenn Hinweise aus der Anliegerschaft kommen, werde zunächst geprüft, ob eine Sanierung der Straße ausreichend sei, ist dies nicht der Fall, werde die Straße (end)ausgebaut.

Bürgermeister Sven Stratmann ergänzt, dass im Zusammenhang von Anliegerversammlungen häufig mitgeteilt werde, dass bereits in der Vergangenheit für die Straße gezahlt wurde, jedoch können in den meisten Fällen keine Unterlagen beigebracht werden, die dies bestätigen. Daher wurde mit der Vergünstigung ein Entgegenkommen für die betroffenen Anlieger geschaffen.

Ratsfrau Renate Geuter schlägt vor, zunächst die Haftungsfrage zu klären und auf das Ergebnis zu warten, da derzeit keine Maßnahmen betroffen seien.

Bürgermeister Sven Stratmann erläutert, dass dies ein Schaden der Stadt sei, es gebe derzeit Maßnahmen, die dies betreffen könne.

Ratsherr Lukas Reinken schlägt vor, bis zur Stadtratssitzung eine weitere Anfrage beim Rechtsanwalt Herrn Dr. von Waldthausen zu stellen, eine Vergünstigung von Erschließungsbeiträgen bei vorhandener Fahrbahndecke zu prüfen.

Ratsherr Hans Meyer schlägt vor, die Beschlussvorlage ohne Beschlussvorschlag an den VA weiter zu geben.

Ratsfrau Renate Geuter stimmt zu.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Beschlussvorlage ohne Empfehlung an den Verwaltungsausschuss weiterzuleiten.

TOP 9 Rechtsstatus der Trassenführung der Eisenbahn durch den Kernort Friesoythe
Antrag SPD-Bündnis90-Die Grünen
Vorlage: BV/325/2024/1

Ratsfrau Renate Geuter erläutert die Beschlussvorlage, die Grundlage eines Antrages von der SPD/Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion ist.

In diesem gehe es darum den Rechtsstatus der Bahntrasse zu überprüfen.

Das Gutachten vom Landkreis Cloppenburg ergab, dass eine Bahntrasse von Cloppenburg bis nach Sedelsberg grundsätzlich möglich sei. Die SPD/Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion möchte sich jetzt weiter mit dem Thema beschäftigen.

Ratsherr Lukas Reinken bedankt sich für den Antrag, da dieser die Komplexität des Sachverhaltes „Bahntrasse“ deutlich mache. Das Thema sei tagesaktuell nicht das Wichtigste, da unklar sei, was sich zukünftig ergeben könne. Daher solle man zunächst den Fokus auf eine Reaktivierung zwischen Friesoythe und Cloppenburg legen.

Bürgermeister Sven Stratmann gibt zu bedenken, dass die Bahntrasse von Cloppenburg bis Friesoythe Eigentum der FEG sei. Die Bahntrasse von Friesoythe bis zum C-Port befinde sich auf städtischen Flächen. Bestandteil der Anfrage war der Rechtsstatus der Trasse zwischen Friesoythe und dem C-Port. Er könne es gut nachvollziehen, dass sich die Fraktionen Zeit nehmen möchten.

Ratsfrau Renate Geuter teilt mit, dass beim Antrag noch nachgesteuert werden müsse, bedankt sich aber für den Zwischenstand.

Ausschussvorsitzender Heinrich Lücking bedankt sich ebenfalls für die Ausführungen.

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers verkündet den Erfolg der Reaktivierung des Güterverkehrs zwischen Garrel und Cloppenburg. In der vergangenen Woche seien die ersten zwei Züge in diesem Bereich gefahren.

Thomas Schmidt erkundigt sich, ob dies Auswirkungen auf den Ausbau des Grünen Hof habe.

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers äußert, dass darauf keine Rücksicht genommen werden solle, da sich eine Reaktivierung der der Bahntrasse noch Jahre hinziehen könne.

Bürgermeister Sven Stratmann teilt die Bedenken von Thomas Schmidt, aber inzwischen gebe es sogar Möglichkeiten, dass ein Zug über einen Kreisel fahren könne.

**TOP 10 Erschließung des Bebauungsplangebietes Nr. 246 "Wohngebiet Plaggenmatt" in Mehrenkamp
Vorlage: BV/058/2025**

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler stellt die Beschlussvorlage vor.

Ratsherr Martin Roter fragt, ob es sich bei dem Ausbau der Mehrenkamper Straße um einen Erstausbau handle.

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler teilt mit, dass es sich um einen Erstausbau handle. Er ergänzt, dass aus den Plänen hervorgehe, dass an den Stellen, wo die Bäume gefällt wurden, zukünftig Leitungen liegen. Er betont, dass die Stadt keine Bäume fällen würde, wenn dies nicht notwendig sei. Es sei nicht möglich eine Leitung unter einem Baum zu verlegen, aus diesem Grund war das Fällen der Bäume notwendig. Es handelte sich nicht um im B-Plan festgesetzte Bäume, die außerhalb der Brut- und Setzzeit gefällt wurden, daher bestand seitens des Landkreises keine Kompensationspflicht. Die Stadt Friesoythe kompensiere aber fortlaufend. Die Kompensation habe auch in der Presse verfolgt werden können. Er hoffe, dass die Anfrage aus der Anwohnerfragestunde damit beantwortet sei.

Ratsherr Andreas Tameling fragt, ob es möglich sei, die Mehrenkamper Straße und das Baugebiet Plaggenmatt gleichzeitig auszubauen, um ggf. Kosten zu sparen.

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler erläutert, dass es nicht möglich sei die Straßen zeitgleich auszubauen, da nicht klar sei, in wie fern die Mehrenkamper Straße durch die Erschließung des Plaggenmatt in Mitleidenschaft gezogen werde. Ebenso erläutert er, dass es aufgrund von Eckgrundstücken und Grundstücken an der vorhandenen Mehrenkamper Straße, sowie an der neuen Straße sogar zu unterschiedlichen Preisen der Grundstücke kommen werde.

Ratsherr Bernhard Kramer erkundigt sich, wann mit einem Bewerbungsstart für das Baugebiet gerechnet werden könne.

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler antwortet, dass mit die Ausschreibung erfolgen könne, sobald der Haushalt rechtskräftig sei. Er hoffe, dass eine Bewerbungsphase im Herbst 2026 erfolgen könne.

Der Ausschuss für Straßen, Wege, Kanalisation empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig folgenden Beschlussvorschlag:

1. Die Ausbauplanung der Erschließungsmaßnahme „Wohngebiet Plaggenmatt“ im Geltungsbereich des Bebauungsplangebietes Nr. 246 in Mehrenkamp wird hiermit beschlossen.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Maßnahme entsprechend auszuschreiben.
3. Die Leistungen zum Teilausbau (Baustraße) für das Bebauungsplangebiet Nr. 246 sind nach erfolgter Beratung in den Ratsgremien öffentlich auszuschreiben und zur Vergabe erneut vorzulegen.

**TOP 11 Ausbau Schulweg Kampe (Straßenausbaumaßnahme)
Vorlage: BV/062/2025**

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler erläutert die Beschlussvorlage. Die geplanten Fahrradbügel würden jedoch nicht gebaut, da die Anlieger mitgeteilt haben, dass dort keine Fahrräder stehen, sondern bei der Grundschule abgestellt würden.

Ratsherr Jonas Schulte ist mit den Planungen zufrieden, da auch die Anlieger zufrieden seien.

Ratsherr Andreas Tameling gibt zu bedenken, dass die Fahrradbügel ggf. für den ÖPNV notwendig seien.

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler sagt, dass dies auch die Bedenken der Verwaltung waren, die Anlieger jedoch mitteilten, dass auch diese Fahrräder bei der Grundschule stehen könnten.

Ratsherr Lukas Reinken findet die Planungen gelungen. Seine Fraktion sieht die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen anders, er bittet daher darum die Punkte eins und zwei des Beschlussvorschlages getrennt von Punkt drei abzustimmen.

Wolfgang Wewer erkundigt sich, wie es gemeint ist, dass die Anlieger dankbar sein können, dass die Stadt, die Kirche und Nordbeton als Anlieger dabei sind.

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler erklärt, dass das Abrechnungsgebiet nach der Quadratmeterzahl der anliegenden Grundstücke berechnet wird. Da die genannten sehr groß seien, entfallen auf diese auch der Hauptanteil der Erschließungskosten, entsprechend günstiger seien die Beiträge für die Privatanlieger.

Ratsherr Andreas Tegeler fragt, ob an eine Absenkung für Rollstuhlfahrer gedacht werde.

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler erläutert, dass die Rollstuhlfahrer von der Seite auf die Bushaltestelle kommen können und dann direkt in den Bus einfahren können.

Der Ausschuss für Straßen, Wege und Kanalisation empfiehlt die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlages einstimmig und Punkt 3 bei 5-Enthaltungen an den Verwaltungsausschuss:

1. Die anliegende Planung für den Ausbau der Straße „Schulweg“ in Kampe wird beschlossen.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Maßnahme entsprechend auszuschreiben.
3. Nach Vergabe des Auftrages ist die Kostenteilung vorzunehmen. Soweit ein Vertrag nicht zu Stande kommt, ist ein Verwaltungsverfahren zum Erlass eines Beitragsbescheides durchzuführen.

TOP 12 Endausbau Ahornweg und Kiefernweg (Erschließungsmaßnahme)
Vorlage: BV/049/2025

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler führt die Beschlussvorlage aus.

Ratsherr Martin Roter erkundigt sich, warum es bei der Fahrbahnbreite eine Variable von 5,50 m bis 8,85 m gebe.

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler erläutert, dass dies damit zu tun habe, dass der Bereich der Einschnürungen schmaler sei.

Der Ausschuss für Straßen, Wege, Kanalisation und Digitalisierung gibt bei Abwesenheit des Ratsherrn Andreas Tameling einstimmig dem Verwaltungsausschuss folgenden Beschlussvorschlag:

1. Die anliegende Planung zum Endausbau der Straßen „Ahornweg“ und Kiefernweg“ wird beschlossen.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Maßnahme entsprechend auszuschreiben.
3. Nach Auftragsvergabe ist die Kostenaufteilung vorzunehmen. Soweit kein Ablösevertrag zu Stande kommt, ist ein Verwaltungsverfahren zum Erlass eines Beitragsbescheides durchzuführen.

TOP 13 Schließung der Radweglücke am Oldenburger Ring zwischen Hinter der Burgwiese und Kreisverkehrsplatz Böseleer Straße
Vorlage: BV/048/2025

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler stellt die Beschlussvorlage vor.

Ratsherr Hans Meyer erkundigt sich, ob die Förderung sicher sei.

Matthias Neiteler teilt mit, dass nur noch die schriftliche Förderzusage fehle.

Ratsfrau Renate Geuter gibt zu bedenken, dass die Maßnahme nur durchgeführt werden solle, wenn auch die Förderung bewilligt wird.

Bereichsleiter Jonas Bley ergänzt, dass der vorzeitige Maßnahmenbeginn bewilligt wurde.

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler stellt klar, dass nur ausgebaut werde, wenn es eine Förderung gebe.

Thomas Schmidt fragt, ob bedacht wurde, dass der Oldenburger Ring von großen landwirtschaftlichen Maschinen genutzt wird und dann unter Umständen der Abstand zum Radweg zu gering sein könnte.

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler erläutert, dass das Normmaß für Radwege 2,5 m betrage. Es könne geprüft werden, ob der Radweg breiter gebaut werden kann, jedoch würden nur 2,5 m gefördert. Die Mehrkosten müsse die Stadt tragen. Eine Möglichkeit wäre, dass der Abstand von Radweg zur Fahrbahn vergrößert werden könne, wobei die vorgesehenen 0,75 m aber ebenfalls Norm seien.

Wolfgang Wewer schließt sich dem Gesagten von Thomas Schmidt an.

Ratsherr Lukas Reinken weist darauf hin, dass geprüft werde solle, ob das Land den Radweg bei einer Verschiebung auch fördert, da die Förderbedingungen manchmal nicht ganz nachvollziehbar seien und Abweichungen von der Norm zu Förderausschlüssen führen könnten.

Ratsherr Martin Roter stellt klar, dass die genannten „übermäßig breiten“ landwirtschaftlichen Maschinen auf die heutigen Fahrbahnen passen. Zur weiteren Abgrenzung seien auch noch Leitpfosten zwischen Fahrbahn und Radweg vorhanden.

Ratsherr Hans Meyer gibt zu bedenken, dass der Radweg nicht verkleinert werden solle. 2,5 m sei die Norm und auch notwendig.

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler ergänzt, dass bei Änderungen, da es sich um eine Landesstraße handelt, zunächst Rücksprache mit dem Land gehalten werden müsse. Das Land habe Vorgaben, an die sich die Stadt bei einem Ausbau halte müsse. Ebenso habe die N-Bank Vorgaben, die von der Stadt eingehalten werden müssen. Schon bei einer kleinen Abweichung könne die N-Bank die Förderung verwehren.

Ratsherr Lukas Reinken schlägt vor, dass die Verwaltung prüfen solle, ob eine Verschiebung des geplanten Radweges möglich sei, ohne dass es förderschädlich ist. Er hält aber einen Radweg nach den vorgestellten Planungen besser, als gar keinen Radweg.

Der Ausschuss für Straße, Wege, Kanalisation und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig folgenden Beschlussvorschlag:

1. Die anliegende Planung zum Bau eines Geh- und Radweges entlang des „Oldenburger Ring“ zwischen „Hinter der Burgwiese“ und Kreisverkehrsplatz „Böseler Straße“ wird beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Baumaßnahme auszuschreiben.
3. Der Radweg wird nach Fertigstellung an das Land übertragen.

**TOP 14 Teileinziehung der Tecklenburger Straße im dritten Bauabschnitt (ab Amseweg bis Hinter der Burgwiese) und Hinter der Burgwiese (zwischen Fuß- und Radweg Mückenkamp bis Spielteich)
Vorlage: BV/067/2025**

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler stellt die Beschlussvorlage vor.

Ratsherr Martin Roter erkundigt sich, ob die Anlieger (Landwirte) die Fahrbahn befahren dürften.

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler erläutert dass es jetzt schon sehr gut mit den betreffenden Landwirten klappe.

Ratsfrau Renate Geuter begrüßt die Beschlussvorlage, da bei der Fahrradstraße von einem Erfolgsmodell gesprochen werden könne.

Ratsherr Bernhard Kramer fragt, ob auch auf den Parallelstraßen Verkehrszählungen stattgefunden haben.

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler erklärt, dass der Stadt bzgl. der Abpollerung keine Beschwerden vorlägen. Eine Verkehrszählung ergab, dass das Verkehrsaufkommen an den entsprechenden Straßen vergleichbar mit einer Messung vor der Abpollerung sei.

Ratsherr Bernhard Kramer findet es fraglich, wo der Verkehr geblieben ist. Damals war die Straße überlastet, da der Hansaplatz im Umbau war und viele die Meeschenstraße und die Wangerooger Straße als Abkürzung in die Stadt genommen haben. Das sei nun nicht mehr gegeben.

Bürgermeister Sven Stratmann zeigt sich erfreut, dass die zuvor genannten Straßen nicht mehr von Schwerlastverkehr passiert werden. Darüber hinaus sei der Münsterlandring seinerzeit noch nicht fertiggestellt gewesen. Er gehe davon aus, dass die Anlieger der Siedlungen eher auf die Umgehung fahren, dann die B 72 passieren und die Abfahrt Richtung Familia-Markt nehmen, denn dann seien sie schon bei einigen Nahversorgern. Der Weg sei um ca. 100 m länger, aber man sei mindestens genauso schnell, als wenn der Weg durch die Stadt gewählt werde, wenn nicht sogar schneller.

Die problematische Ausgestaltung der Wangerooger Straße sei allen bekannt mit dem vermeintlichen „Radweg“, der eigentlich Teil der Fahrbahn sei. Dies sei seinerzeit wohl nicht anders möglich gewesen.

Er sehe die Fahrradstraße ebenfalls als Erfolgsmodell.

Ratsherr Lukas Reinken bedankt sich für die Ausführungen. In seiner Fraktion seien einige Beschwerden bzgl. der Fahrradstraße eingegangen. Er fahre selbst durch die Meeschenstraße und bemerke das erhöhte Verkehrsaufkommen. Er bittet um die Ergebnisse der Verkehrszählungen.

Bürgermeister Sven Stratmann bittet darum, die Bürger aufzufordern sich über die Bürgeranfragen an die Stadt zu wenden.

Der Ausschuss für Straßen, Wege, Kanalisation und Digitalisierung gibt bei 8 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen folgenden Beschlussvorschlag an den Verwaltungsausschuss:

1. Das Straßenareal (Tecklenburger Straße (ab Amselweg) sowie Hinter der Burgwiese (zwischen Spielteich und Oldenburger Ring) wird für den Kraftverkehr – mit Ausnahme für den landwirtschaftlichen Anliegerverkehr – gemäß § 8 des Niedersächsischen Straßengesetzes teileingezogen (Teilentwidmung).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Planung für den Abschnitt der Straße „Hinter der Burgwiese“ zwischen der Kita Burgwiese und dem Oldenburger Ring auszuarbeiten, einen entsprechenden Förderantrag zu stellen sowie die Maßnahme auszuschreiben.
3. Die Stadt Friesoythe erlässt die Ergänzungssatzung entsprechend des anliegenden Entwurfes gemäß § 6 b Abs. 1 Satz 2 des NKAG zur Verwendung Zuschüsse Dritter.

**TOP 15 Bau eines Regenwasserkanals "Altenend" im Zuge des Ausbaus der L 63
Vorlage: BV/075/2025**

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Thomas Schmidt erkundigt sich, ob es in dem Bereich bereits einen Regenwasserkanal gebe und wie viele Anlieger dies betreffe.

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler erklärt, dass eine Regenwasserkanalisation notwendig sei, da dieser der Entwässerung der Straße diene. Darüber hinaus soll den Anliegern die Möglichkeit eines Anschlusses gegeben werden, die derzeit das Regenwasser auf den eigenen Grundstücken versickern lassen. Wenn überhaupt seien derzeit nur wenige Anwohner angeschlossen.

Ratsherr Lukas Reinken fragt, ob auch noch nachträglich für die Anlieger die Möglichkeit bestünde, sich anzuschließen. Er lässt ausrichten, dass der abwesende Ortsvorsteher diese Maßnahme sehr begrüße.

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler teilt mit, dass es möglich sei, sich nachträglich anzuschließen, aber die Kosten dann für den Anlieger höher ausfallen, da eine Firma extra beauftragt werden müsse, die für den Anschluss sorgt.

Ratsherr Hans Meyer äußert sich positiv über die Maßnahme, gehe jedoch davon aus, dass sich nicht viele Anlieger anschließen lassen wollen. Er erkundigt sich, ob die Ausbaubreiten der Straße bekannt seien, da diese im derzeitigen Zustand sehr schmal ist.

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler wird sich erkundigen und diese Zahlen werden dem Protokoll zugefügt.

Anm.: Der Radweg hat eine Breite von ca. 2,50 m, darunter soll der neue Regenwasserkanal verlaufen. Der Straßenquerschnitt beträgt ca. 4,50 m.

In Abwesenheit von Ratsherr Wilfried Thunert gibt der Ausschuss für Straßen, Wege, Kanalisation und Digitalisierung dem Verwaltungsausschuss folgenden Beschlussvorschlag:

1. Die anliegende Planung für den Bau eines Regenwasserskanals an der L63 in Neuvrees wird beschlossen.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Maßnahme auszuschreiben.

**TOP 16 Antrag auf Beleuchtung des Radweges Über dem Vehnteich
Vorlage: BV/040/2025**

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler führt die Beschlussvorlage aus.

Die hohen Kosten kämen zustande, da es sich bei den Lampen um LED nach neuestem Standard handle. Dies müsse von Elektrofirmen fachgerecht installiert werden, sodass es nicht durch die Anlieger möglich sei.

Ratsherr Martin Roter erkundigt sich, ob auch bei Solarleuchten eine Installation durch Elektrofachbetriebe erfolgen müsse.

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler verneint dies, da in diesem Fall der Lampenkopf fertig geliefert werde.

Ratsherr Martin Roter schlägt vor, dass dann auch über Solarlampen nachgedacht werden könne.

Ratsfrau Renate Geuter stimmt Ihrem Vorredner zu, es sollte auf jedenfalls geprüft werden, ob eine Förderung von Solarlampen möglich wäre. Sie befürchte einen Präzedenzfall, sodass sich Anlieger anderer Bereiche ebenfalls eine Beleuchtung wünschen. Hier verweist Sie auf den Gleichheitsgrundsatz.

Thomas Schmidt schlägt vor, dass häufiger überprüft werden solle, ob solche Lampen verwendet werden können.

Bürgermeister Sven Stratmann erläutert, dass es sich bei den LED aus der Mitteilungsvorlage unter TOP 7.2. um ein Förderprogramm für den ÖPNV handle. Es werde aber geprüft, ob eine andere Förderung möglich sei und dann wird ggf. beim Beschlussvorschlag nachgesteuert.

Ratsfrau Renate Geueter wünscht sich, dass bzgl. weiterer Fördermöglichkeiten, vor dem Hintergrund des Radverkehrskonzepts, geschaut wird. Sie habe Angst, dass ein falsches Signal gesendet werde.

Ratsherr Lukas Reinken schließt sich an, dass Präzedenzfälle geschaffen werden könnten. Sollte es die Möglichkeit von Fördermitteln geben, bittet er drum, diese mit dem Protokoll mitzuliefern.

Der Ausschuss für Straßen, Wege, Kanalisation und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig folgenden Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Beleuchtung entlang des Radweges „Über dem Vehnteich“ einzurichten, wenn die Anlieger/Ortsgemeinschaft sich bereiterklären, die Kosten für die Straßenlampen zu tragen. Der Ausbau wird erst in Auftrag geben, wenn das entsprechende Budget bei der Stadt eingegangen ist.

**TOP 17 Abfuhr von Herbstlaub von öffentlichen Flächen
Vorlage: BV/012/2025**

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler erklärt die Beschlussvorlage.

Ratsherr Lukas Reinen kann das Anliegen gut verstehen, der Bauhof muss in der stürmischen Zeit für die Sicherheit sorgen. Es gebe allerdings vor allem in den Dörfern immer häufiger Diskussionen,

dass die „Nettigkeiten“ der Vergangenheit immer weiter zurückgeschraubt würden. Er befürchtet, dass das Laub zukünftig illegal im Wald entsorgt werde. Er schlägt daher vor, künftig eine dezentrale Sammelaktion an wenigstens einem der drei geforderten Tage einzurichten.

Ratsfrau Renate Geuter teilt mit, dass ihre Fraktion die gleichen Diskussionen hatte. Sie trage den Vorschlag mit dezentralen Sammelstellen deshalb mit. Dies sei ein bedeutsames Thema für die Bürger.

Ratsherr Hans Meyer schlägt vor, dass ggf. Rücksprache mit dem Landkreis gehalten werden könne. Dieser habe Grünsammelstellen, die allerdings kostenpflichtig seien. Er rät an, die Laubsammelstelle dann direkt dort einzurichten.

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler begrüßt den Vorschlag, die Sammlung der drei Tage auf die Stadt und Ortschaften zu verteilen, dies lasse sich umsetzen.

Wolfgang Wewer vertritt die Meinung, dass der Seniorenbeirat Laubsammeltage gänzlich ablehne. Bäume werden größer und es gebe immer mehr Laub. Der Ist-Zustand der Laubsammelaktion solle beibehalten werden, da in diesem Zusammenhang das Laub abgeholt werde und die Gefahr, dass ältere Personen stürzen, geringer sei.

Ratsherr Martin Roter teilt mit, dass es ohne Bäume auch kein Laub gebe. Er schlägt vor, dass Gitterboxen, wie Sie z.B. an der Grundschule in Thüle stehen eine Möglichkeit seien. Dies sollte man ggf. probieren.

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler berichtet von gescheiterten Projekten mit Laubgitterboxen z.B. in Oldenburg. Es müsse nur ein Stück Müll in der Gitterbox sein und schon gelte der komplette Inhalt der Box als Restmüll und müsse gesondert entsorgt werden.

Ratsherr Lukas Reinken vertritt die Meinung, dass der Beschluss wie vorgeschlagen gefasst werden könne. Die Verwaltung habe den Sachverhalt verstanden und die Laubsammeltage würden auf die die Ortschaften verteilt.

Bürgermeister Sven Stratmann ergänzt, dass dies dann ähnlich wie beim Umwelttag laufen könne.

Ratsfrau Renate Geuter stimmt Ratsherrn Lukas Reinken zu, dass der Wille klar erkennbar sei.

Der Ausschuss für Straßen, Wege, Kanalisation und Digitalisierung empfiehlt einstimmig dem Verwaltungsausschuss folgenden Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, ab Herbst 2025 an drei festgelegten Samstagen eine Annahmestelle für Bürgerinnen und Bürger der Stadt Friesoythe einzurichten, die Laub von öffentlichen Bäumen und Sträuchern gesammelt haben. Die Annahme erfolgt jeweils in der Zeit von 10:00 bis 13:00 Uhr. Die genauen Termine werden rechtzeitig über die Presse und die städtischen Social-Media-Kanäle kommuniziert.

TOP 18 Anträge und Anfragen aus der Mitte des Rates

Ratsherr Norbert Rehring erkundigt sich über den Ausbau des Radwegenetzes. Der Radweg „Paarberger Wald“ sollte eine ähnliche Schotterung wie im Stadtpark erhalten, er habe allerdings gehört, dass der Radweg nicht mehr befahrbar sei.

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler erwidert, dass die Radrundroute gefördert werde. Es war bekannt, dass die Ausbesserung eine Übergangslösung sei. Der Schotter sollte fester werden, sobald dieser Regen abbekommt. Jedoch gab es eine lange Trockenphase. Jetzt habe es in der vergangenen Woche etwas geregnet und der Weg wurde erneut gewalzt. Es müsse allen bewusst sein, dass es keine Bitumendecke sei, sondern ein Behelfsmittel. Der Schotter der jetzt aufgefahren wurde, könne auch bei einem Ausbau im Unterbau verwendet werden. Der Weg sei jetzt aber befahrbar.

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers teilt mit, dass es viele Bürgeranfragen gebe, die das Thema betreffen. Diese werden alle eine gesonderte Info bekommen.

TOP 19 Einwohnerfragestunde

Eyup Patur, Einwohner der Adolph-Kolping-Straße sagt, dass die Durchfahrt über die Brücke zwischen dem Wohngebiet der Adolph-Kolping-Straße und dem Wohngebiet Mückenkamp bis vor ca. einem Jahr mit einem Poller abgesperrt war. Diese sein nun geöffnet und bis lang nicht wieder geschlossen worden. Die Anlieger seien dabei nicht beteiligt worden. Die Kinder spielen auf der Straße und die Autos fahren dort hauptsächlich von der Siedlung Mückenkamp in die Adolph-Kolping-Straße. Er möchte wissen, ob der Poller wieder aufgestellt wird.

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler entgegnet, dass das dauerhafte Entfernen des Pollers in den Ratsgremien beraten wurde. Der Poller wurde seinerzeit eingebaut, da die Adolph-Kolping-Straße noch nicht endausgebaut war. Auf Anraten des Bauamts wurde der Poller nach dem Endausbau entfernt, so wie die Planung für das Gebiet es vorsehe.

Eyup Patur erkundigt sich, ob es dann möglich sei für die Straße eine Spielstraße einzurichten, um die Geschwindigkeit zu reduzieren.

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler teilt mit, dass die Diskussion in jedem Neubaugebiet geführt werde. Es könne ein Antrag der Anlieger auf Verkehrsberuhigung gestellt werden, die Erfolgsaussichten schätze er aber gering ein.

Eyup Patur habe sich bewusst für sein Grundstück entschieden, da er davon ausgegangen sei, dass der Poller erhalten bleibt.

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler erläutert, dass es keine Verträge bei einem Grundstückskaufvertrag gebe, mit denen die künftige Verkehrsplanung zugesichert werde.

Thomas Schmidt gibt zu bedenken, dass der beschriebene Zustand auf den abgewanderten Verkehr zurückzuführen sei, der durch die Sperrung der Tecklenburger Straße/Hinter der Burgwiese entstanden sei.

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers erkundigt sich, woran dies festgemacht werde.

Thomas Schmidt entgegnet, dass es bekannte Autos seien, die vorher die andere Straße genutzt haben.

Die Erste Stadträtin stellt daraufhin fest, dass es sich also um keine gesicherte Erkenntnis sondern nur um einen Eindruck bzw. um eine persönliche Einschätzung handele.

Alexander Schmidt, Einwohner der Adolph-Kolping-Straße, teilt mit, dass das Verkehrsaufkommen seitdem erkennbar höher sei und fragt warum der Poller nicht einfach wieder aufgestellt werden könne.

Ausschussvorsitzender Heinrich Lücking beendet die Diskussion und rät den Anliegern den Kontakt direkt mit dem Bauamt aufzunehmen.

Fachbereichsleiter Matthias Neiteler bekräftigt seine Aussage, dass entsprechende Anträge gestellt werden können, die Aussicht allerdings gering sei.

Mario Elsen, Einwohner aus Markhausen, bedankt sich für die Beschlussvorlage zu TOP 16. Er sei mit den Ausführungen einverstanden. Es wäre wünschenswert, wenn noch überprüft werde, ob Förderungen möglich seien, ebenfalls seien LED-Lampen in Ordnung. Er verstehe allerdings nicht, warum durch diesen Fall eine Präzedenzfall geschaffen werde, da es um einen ca. 100 m langen Radweg gehe, der ins Industriegebiet führe, das von zwei Landesstraßen umgeben ist.

Bürgermeister Sven Stratmann entgegnet, dass der Weg gar nicht geplant war, nun aber dort sei. Es könnte ein Präzedenzfall geschaffen werden, da andere für einen solchen Weg inklusive der Beleuchtung hätten zahlen müssen. Die Anlieger sollen sich über den ursprünglich nicht geplanten Gehweg freuen, den sie nicht mitfinanzieren mussten.

Mario Elsen meldet sich erneut zu Wort und teilt mit, dass es nicht nur um die Anlieger gehe. Diesen Weg nutzen viele Radfahrer, die nicht Anlieger sind.

TOP 20 Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Ausschussvorsitzender Heinrich Lücking schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:07 Uhr.

Heinrich Lücking
Ausschussvorsitzender

Sven Stratmann
Bürgermeister

Friederike Kröger
Protokollführung